

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in meiner politischen Arbeit hier in Berlin begleiteten mich auch diese Woche wieder viele wichtige Themen. In der AG-Sitzung und im Ausschuss gab es rege Diskussionen, als es um die aktuelle Situation der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie um den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen ging. Als Baupolitiker freue ich mich, dass die Zuschussförderung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ nun an den Start gegangen ist. Der Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, das Wirtschaftswachstum und die Berufliche Bildung standen ebenso im Fokus der Woche.

***Umfassende Neuausrichtung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)***



Wohnen muss auch in Ballungsgebieten und angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleiben, das fordere ich als Baupolitiker.

Der Bund muss daher seiner Vorbildrolle gerecht werden. Durch die Mietpreisbremse, der Städtebauförderung und dem Bündnis für bezahlbares Wohnen hat die Koalition erste Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Entwicklung in angespannten Mietmärkten dämpfen sollen.

Darüber hinaus muss der Bund die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bei Veräußerungen von Immobilien in die Pflicht nehmen, nicht nur den maximal erzielbaren Verkaufserlös im Blick zu haben, sondern auch stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitische Aspekte zu berücksichtigen. Dies kann beispielsweise mittels einer mit der Kommune abgestimmten Konzeptausschreibung erfolgen.

Ankaufsrechte für städtische Wohnungsbau-gesellschaften und gemeinwohlorientierte Genossenschaften können dazu beitragen, Mieten zu stabilisieren. Veräußerungswerte lassen sich am besten durch die örtlichen Gutachterausschüsse ermitteln.

Die SPD wird ein Positionspapier erarbeiten, das als Diskussionsgrundlage für eine Neuregelung

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

der Arbeit der BimA dienen soll. Das gemeinsame Positionspapier der Berliner Landesgruppen der SPD und CDU hat dazu einen wichtigen Anstoß gegeben.

### ***Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung helfen***

Sie verfolgen sicherlich im Wahlkreis, wie sehr die Kommunen durch die ansteigende Zahl von Asylbewerbern gefordert sind. Wir wollen die Kommunen gezielt unterstützen, diese Herausforderung zu bewältigen.



Im Koalitionsvertrag hat die SPD durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausgestattet wird, damit zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Diese Forderung haben wir im Haushalt 2014 im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens in einem ersten Schritt umgesetzt.

Wir haben 300 neue Stellen geschaffen, die im Laufe dieses Jahres besetzt sein werden. Zudem ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der jüngst verabschiedeten Änderung des Asylverfahrensgesetzes entlastet worden, mit dem wir Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft haben.

Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes, über das wir derzeit im parlamentarischen Verfahren beraten, wollen wir die Kommunen und die überörtlichen Träger zusätzlich entlasten: Es soll ab dem Jahr 2015 zu Minderausgaben der Länder und Kommunen von 31 Mio. Euro, ab Jahr 2016 von 43 Mio. Euro führen.

Die Hamburger Bundesratsinitiative, den Belangen von Flüchtlingen im Bauplanungsrecht einen größeren Stellenwert einzuräumen, werden wir aufgreifen. Die Kommunen bekommen damit zusätzliche Instrumente, um kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Dies soll befristet auch auf unbebauten Grundstücken in unmittelbarer Siedlungsnähe und als Ausnahme in Gewerbegebieten leichter möglich sein. Daneben sehen wir als SPD-Fraktion auch die Bundesverwaltung in der Pflicht: Zu prüfen ist, ob und zu welchen Konditionen Liegenschaften unter Bundesverwaltung genutzt werden können.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

*Klar ist: Für uns hat die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge oberste Priorität.*

***Zuschussförderung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ tritt in Kraft.***



Ich freue mich, dass die Zuschussförderung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ mit Beginn dieses Monats wieder eingeführt wurde.

Die Bundesregierung unterstützt damit die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum. Wohneigentümergeinschaften, selbst nutzende Wohnungseigentümer und Mieter können für entsprechende Umbaumaßnahmen wieder Zuschüsse erhalten. Diese können mit den KfW-Programmen zur energetischen Gebäudesanierung verknüpft werden. Sie fördern zusätzlich auch Maßnahmen zum Barriereabbau und zur Steigerung der Einbruchssicherheit.

Bei der Sanierung von Wohngebäuden können Bauherren nun also „drei Fliegen mit einer Klappe schlagen“ und Kosten sparen, weil sie die Immobilie nur einmal anfassen müssen. Die meisten Menschen wünschen sich ein selbstbestimmtes Leben in der vertrauten Wohnumgebung bis ins hohe Alter.

Das neue Programm „Altersgerecht Umbauen-Zuschuss“ leistet hier ganz konkrete Hilfe für Menschen, die ihr Leben länger selbstbestimmt führen wollen, und entlastet dabei auch unsere Sozialsysteme. Als Baupolitiker freue ich mich, dass ich an der Umsetzung dieses Programms mitwirken konnte und bin mir sicher, dass damit das Angebot an altersgerechten Wohnungen deutlich erhöht wird.

### ***Für eine gute und menschenwürdige Pflege***

Die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, steigt kontinuierlich an: Von derzeit 2,5 Millionen auf voraussichtlich über 4 Millionen bis zum Jahr 2050. Um die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften zu verbessern, bringen wir eine umfassende Pflegereform auf den Weg.

Als ersten Baustein werden wir ab 1. Januar 2015 Leistungen im Umfang von insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausweiten und flexibilisieren.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

Zum Beispiel bei der Tages- und Nachtpflege oder für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege sollen bis zu 45.000 zusätzlichen Betreuungskräfte zum Einsatz kommen können.



Viele, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind erwerbstätig. In dieser schwierigen Lebenssituation ist mehr zeitliche Flexibilität der elementare Schlüssel, um Beruf und Pflege zu vereinbaren. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, Pflegezeit und Familienpflegezeit mit Rechtsanspruch zusammenführen.

Manuela Schwesig hat einen guten Gesetzentwurf vorgelegt, der die berufstätigen pflegenden Angehörigen unterstützt. Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft werden vermieden. Im Gegenteil sorgen wir dafür, dass den Unternehmen engagierte Fachkräfte erhalten bleiben, wenn sie zeitweise kranke Familienangehörige pflegen müssen.

Wichtig war uns, dass Menschen auch die letzten Tage im Leben eines Angehörigen begleiten können. Wir haben erreicht, dass künftig ein Anspruch auf eine dreimonatige Sterbebegleitung besteht. Auch unverpartnerte gleichgeschlechtliche Paare gehören zum Kreis der Anspruchsberechtigten. Dafür haben wir uns mit Erfolg eingesetzt.

Der Gesetzentwurf kurz zusammengefasst:

- Lohnersatzleistung bei einer 10-tägigen Arbeitsverhinderung im Akutfall,
- Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen bei der Pflegezeit von bis zu sechs Monaten,
- Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und auf ein zinsloses Darlehen,
- ein erweiterter Angehörigenkreis,
- die Möglichkeit, auch pflegebedürftige Kinder in einer Einrichtung zu betreuen,
- die Möglichkeit, Angehörige in ihrer letzten Lebensphase zu begleiten.

Weiter Informationen unter: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

### ***Wirtschaftswachstum - Nachhaltige Investitionen notwendig***

Deutschland steht weiterhin auf einem robusten wirtschaftlichen Fundament. Der Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung und die Reallöhne sind gestiegen.

Tatsache ist aber auch: Die unruhige außenpolitische Lage hinterlässt ebenso deutliche Spuren in den Auftragsbüchern deutscher Unternehmen wie die anhaltende Wachstumschwäche im Euroraum und die sich abkühlende Weltwirtschaft. Angesichts der jüngsten Konjunkturprognose ist Panik sicherlich nicht angebracht. Aber wir sollten auch nicht selbstgefällig die Hände in den Schoß legen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass aus einer Wachstumsdelle keine anhaltende Schwächephase wird. Notwendig dafür ist, dass wir unsere Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum nachhaltig stärken.

Deshalb steigern wir die Investitionen in unsere Verkehrswege und den Bildungsbereich deutlich. Gleichzeitig entlasten wir Länder und Kommunen um rund 10 Mrd. Euro, um hier zusätzliche Freiräume für Investitionen zu schaffen.



Nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, gut ausgebildeten Fachkräften und innovativen Technologien bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Mit öffentlichen Mitteln allein ist das nicht zu stemmen.

Unser Land braucht deshalb eine langfristige Strategie für mehr Investitionen der Privatwirtschaft. Die wichtigste Voraussetzung dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen, wie wir sie etwa in der Energieversorgung durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geschaffen haben. Der Bundeswirtschaftsminister erarbeitet derzeit ein Konzept, um private und öffentliche Investitionen weiter anzukurbeln. Dazu gehören gezielte Investitionsanreize genauso wie der Abbau überflüssiger bürokratischer Vorschriften für Unternehmen.

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

### ***Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten***

Die Stärke der deutschen Wirtschaft zeichnet sich durch ihr hohes Maß an Innovationsfähigkeit aus. Eine Ursache dafür liegt in unserer leistungsfähigen beruflichen Bildung, insbesondere in der dualen Berufsbildung. Sie ist weltweit als Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten anerkannt. Das bestätigt ausdrücklich die von der Bundesregierung eingerichtete Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem jüngst veröffentlichten Jahresgutachten 2014.



Zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit ist es jedoch wichtig, auch in der beruflichen Bildung den Fachkräftenachwuchs stärker in den Blick zu nehmen.

Dafür müssen wir die Berufsausbildung an Veränderungen in der Produktions- und Arbeitswelt, Auswirkungen der Demografie und gewandelte Strukturen im Bildungsprozess anzupassen.

In dem Antrag der Koalitionsfraktionen werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, u.a. wird gefordert, den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014 zur Allianz für Aus- und Weiterbildung fortzuentwickeln, eine Ausbildungsgarantie für alle Bewerberinnen und Bewerber anzustreben, unsere Berufsbilder zu modernisieren, das Übergangssystem zu überprüfen und die berufliche Aufstiegsfortbildung zu stärken (Meister-BAföG).

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihr

